

DIE ZEIT – Mehr Wohlstand für alle

Niejahr

DIE ZEIT

43/2004

Mehr Wohlstand für alle

Die Deutschen werden weniger. Das ist kein Grund zur Panik, sondern auch eine Chance

Von Elisabeth Niejahr

Falls künftige Historiker einmal nach einem Dokument suchen, aus dem sich das plötzlich erwachte Interesse der Deutschen am demografischen Wandel ablesen lässt, stoßen sie vielleicht auf ein Schriftstück aus dem Brandenburger Landtag, Drucksache 3/7088, verfasst im Frühjahr 2004. Der Bericht handelt von Sportvereinen (»existenzielle Probleme« wegen des Mangels an Jugendlichen), von Kirchen (die Katholiken bekommen mehr Verstärkung durch Zuwanderer als die Protestanten) und sogar von der sorbischen Minderheit (wo die Demografie ausnahmsweise keine Probleme schafft). Das Dokument zeigt Auswirkungen, auf die ein Laie kaum gekommen wäre, etwa bei der Justiz: Weniger junge Menschen bedeuten weniger Kriminalität. Momentan seien 46 Prozent aller Straftäter jünger als 25. Diese Altersgruppe werde in Zukunft deutlich kleiner sein.

Vielleicht schreiben die Historiker auch über Susanne Tatje. Seit Anfang April ist die promovierte Soziologin »Demografiebeauftragte« der Stadt Bielefeld und darf bei Planungen vom Straßenverkehr bis zum Kindergartenbau mitentscheiden. Ihr Job zeigt, wie sich gesellschaftliche Debatten in neuen Institutionen niederschlagen. In den Achtzigern brachte die Ökobewegung die ersten Umweltbeauftragten hervor und der Feminismus die Frauenbeauftragten. Nun sind die Demografiebeauftragten dran.

Möglicherweise interessieren sich künftige Forscher auch für eine Ausstellung in Berlin–Mitte. Zu sehen sind Bilder von Plattenbauten aus der Region um Leipzig, von Vandalismus in den Straßen von Detroit und von Musikern, die in verlassenen Lagerhallen in Manchester Unterschlupf fanden. Kein Großprojekt, doch seit Anfang September 2004 kamen 6000 Besucher, internationalen Medien wie der *New York Times* und *Newsweek* war die Ausstellung ausführliche Berichte wert, was auch mit ihrem Titel zu tun haben mag: *Shrinking Cities*, schrumpfende Städte. »Das trifft einen Nerv«, glaubt Philipp Oswald, Architekt und einer der Organisatoren. »Viele Menschen treibt die Frage um, ob wir den Abschied von einer Wachstumsepoche erleben und welche Folgen das für unseren Alltag, für unsere Nachbarschaften, unsere Häuser hat.«

Wir werden weniger. Heute noch nicht, aber morgen und übermorgen. Bis 2050, so eine Studie der Vereinten Nationen, schrumpft die Bevölkerung in Deutschland um ein Drittel auf 58,8 Millionen. Der demografische Wandel erreicht unseren Alltag – und doch fangen wir gerade erst an, die Folgen zu verstehen. Weniger Menschen, weniger Konsumenten, weniger Arbeitskräfte – was bedeutet das für die Wirtschaft, für die Umweltbelastung, für die Lebensqualität? Kann eine schrumpfende Bevölkerung steigenden Wohlstand produzieren? Kann der Kapitalismus, können vor allem die Börsen ohne Wachstumserwartungen überhaupt funktionieren?

Deutschland hat neben Slowenien die niedrigste Geburtenrate der EU, eine der niedrigsten der Welt. Auf tausend Einwohner kamen 2003 nur 8,7 Geburten, selbst im Kriegsjahr 1945 wurden mehr Kinder pro Einwohner geboren. Von den 82,5 Millionen Bundesbürgern sind 18 Prozent Rentner – die Gruppe der Ruheständler ist so groß wie die gesamte Bevölkerung Ostdeutschlands. Zuletzt ist die Einwohnerzahl nur wegen der starken Zuwanderung gewachsen. Sieben Millionen Menschen zogen in den vergangenen zehn

Jahren zu, alljährlich wurde die Einwohnerzahl Dortmunds integriert.

Schon bald wären noch mehr Einwanderer nötig, um die niedrigen Geburtenraten der Deutschen auszugleichen. Es gibt immer weniger potenzielle Mütter. Die geburtenstarken Jahrgänge wachsen aus der Phase der Familiengründung heraus. Zudem wird Zuwanderung künftig anders verlaufen als bisher, der Wettbewerb um junge, qualifizierte Kräfte nimmt zu. Zuzug aus armen Ländern jedoch bedeutet meist hohe Kosten für die Integration. Dass es im Jemen oder in Pakistan viele Geburten gibt, ändert nichts daran, dass hierzulande Kinder fehlen. »Man kann das nicht gegeneinander aufrechnen«, sagt Herwig Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld. »Das ist so, als würde man ein Bein in heißes Wasser tauchen und das andere in einen Behälter mit Eiswürfeln. Das ergibt keine angenehme Körpertemperatur. Man wird krank.«

Schrumpfen macht Angst. Bei einer Umfrage in Sachsen gaben mehr als 90 Prozent die massenhafte Abwanderung junger Menschen als drängendstes Problem des Landes an, noch vor dem Mangel an Jobs. Viele Politiker haben Wörter wie »Schrumpfung« deshalb längst aus ihrem Wortschatz getilgt.

Von Wachstum hingegen reden alle. Die CDU hat den Leitantrag ihres Parteitag im Dezember unter das Motto »Wachstum, Arbeit, Wohlstand« gestellt. Die Regierung lässt moderate Wachstumsprognosen bejubeln. Selbst die Grünen, lange Hort der Wachstumskritik, haben ihre Haltung korrigiert. »Die Gesellschaft schreit nach Wachstum wie der Hirsch nach frischem Wasser«, schrieben Parteichef Reinhard Bütikofer und die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt in einem Aufsatz Anfang des Jahres. Ihre Partei dürfe da nicht im Abseits stehen. Im Bundestag sind die Wachstumsfans fast unter sich.

In beiden Teilen Deutschlands war die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik jahrzehntelang nur auf Wachstum ausgerichtet. Weil es in Ballungsräumen zu wenig preiswerten Wohnraum gab, half der Staat mit Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, die Stadtgrenzen auszuweiten. Die westdeutschen Politiker gewöhnten sich daran, dass Wachstum die Lösung von Verteilungskonflikten einfacher macht beim Straßenbau, bei der Ausweisung von Bauland, bei der Denkmalpflege. Und in Ostdeutschland wurde nach der Einheit alles überdimensioniert geplant: Gewerbegebiete und Wohnviertel, Kläranlagen und Straßen. Die Stadtverwaltungen entwarfen und investierten, als müssten sie ihren Glauben an eine bessere Zukunft auf den Reißbrettern beweisen.

In einigen ostdeutschen Städten kann man die Folgen heute riechen. In Cottbus, Stadtteil Sachsendorf, liegt oft ein fauliger Geruch in der Luft. Der Druck in den Abwasserleitungen ist zu schwach, weil es zu wenige Anlieger gibt. Die Rohre verkeimen und wachsen zu. Kein Wunder: Die Siedlung wurde für 30000 Menschen angelegt, heute leben noch 16000 hier. Die Kosten für die Umrüstung der Kanalisation werden auf 12 Millionen Euro geschätzt. Das ist nur ein Beispiel für eine Infrastruktur, die zu einer schrumpfenden Bevölkerung nicht mehr passt. Manchmal kostet es Geld, weniger zu werden.

Die meisten Ökonomen allerdings gehen davon aus, dass Schrumpfung auch mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität bedeuten kann. »Für die Wirtschaft werden schrumpfende Bevölkerungen und entleerte Regionen keine wirklichen Herausforderungen verursachen«, sagt Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs. »Nicht die Schrumpfung, sondern die Alterung ist die demografische Herausforderung.«

Auch der Darmstädter Volkswirtschaftsprofessor Bert Rürup, Regierungsberater und Wirtschaftsweiser, ist sicher, dass Wirtschaft und Wohlstand trotz demografischen Wandels wachsen können: »Wir werden vermutlich etwas weniger Geld für Autos oder Immobilien ausgeben und mehr für Pflege und Gesundheitsleistungen aber für die Wachstumsraten einer Volkswirtschaft ist das letztlich egal.« Für die Höhe des Bruttosozialprodukts macht es keinen Unterschied, ob ein Unternehmen Schaukelpferde oder Schaukelstühle produziert. Der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler Axel Börsch-Supan hat errechnet,

dass bei konstanten politischen Rahmenbedingungen mittelfristig Produktivitätssteigerungen von 15 Prozent notwendig wären, um die Kosten der Alterung auszugleichen. Er habe »großes Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Landes«. Schon jetzt ändere sich die Haltung etwa zur Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer.

Um den Optimismus der Ökonomen zu verstehen, hilft ein Gedankenexperiment: Man stelle sich vor, eine Stadt wie Hamburg würde über Nacht die Hälfte ihrer Einwohner verlieren. Alle Häuser, Schulen, Autos, Parkplätze und Bäume blieben unverändert stehen, nur viele Menschen wären verschwunden. Was wäre die ökonomische Konsequenz? So zynisch es klingen mag: Das Pro-Kopf-Einkommen der Verbleibenden würde zunächst deutlich steigen. Rein rechnerisch könnte jeder über die doppelte Zahl an Kühlschränken, Fernsehern und Wohnfläche verfügen. Er hätte mehr Geld und Platz und würde auf dem Weg zur Arbeit weniger Zeit im Stau verbringen.

Andere Effekte kämen hinzu: Das Angebot an Waren, die Zahl der Arbeitgeber und der Konsumenten verschieben sich und damit die gesamte ökonomische Struktur. Insofern sind die endgültigen Folgen pro Person schwer zu erfassen. Aber das Beispiel zeigt, dass eine Gesellschaft allein durch den Rückgang ihrer Bevölkerung nicht automatisch ärmer wird, im Gegenteil. Zunächst verfügen weniger Menschen über mehr Ressourcen.

Wenn Eltern nicht drei oder vier Kinder, sondern nur ein Einzelkind oder zwei Geschwister erziehen, können sie ihrem Nachwuchs mehr Aufmerksamkeit widmen und eine bessere Ausbildung finanzieren – auch wenn das Leben von Einzelkindern seine negativen Seiten hat. »Dadurch sind die Voraussetzungen günstig, dass künftig die Kinder gebildeter sind, was die langfristigen Wachstumschancen einer Volkswirtschaft vergrößert«, sagt Straubhaar. Eine Besserstellung von Familien ist deshalb nicht überflüssig, auch nicht aus Sicht von Ökonomen: Natürlich ist es aus vielerlei Gründen besser, wenn eine Nation weniger stark altert und schrumpft.

Dass der Wohlstand eines Landes durch eine sinkende Einwohnerzahl gefährdet werden kann, ist eine vergleichsweise neue Sicht der Dinge. Die Geschichte lehrt eher das Gegenteil. Ein besonders drastisches Beispiel sind die Pestepidemien des ausgehenden Mittelalters. Ganze Landstriche wurden entvölkert, Hunderttausende starben. Grundstücke und Ackerflächen verteilten sich auf weniger Köpfe, pro Person wurde mehr Kapital gebildet, der Lebensstandard in Europa stieg.

Wirtschaftshistoriker haben die Pest im Nachhinein als eine der Voraussetzungen für die Entstehung des Frühkapitalismus bezeichnet. Und meistens haben Ökonomen später ähnlich argumentiert: Schnell wachsende Bevölkerungen galten als Gefahr für den Wohlstand eines Landes. Und tatsächlich sind junge, kinderreiche Gesellschaften bis heute meistens arm – Länder wie Bangladesch oder Indien sind Beispiele dafür.

Auch in wohlhabenden Ländern ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Bevölkerungsrückgang nicht so einseitig, wie häufig angenommen wird: Einerseits haben die Menschen weniger Kinder, weil sie zu Wohlstand gekommen sind. Andererseits geben sie weniger für die Unterstützung ihrer Familien aus und können mehr Kapital bilden. Das müssen sie auch tun, wenn sie im Alter nicht in Schwierigkeiten geraten wollen, zumindest diejenigen, die nicht erben. Denn es ist nur rechnerisch so, dass – wie im Hamburger Gedankenspiel – in einer schrumpfenden Gesellschaft jeder Überlebende mit mehr Kapital rechnen kann. In einer Erbesgesellschaft wird das Vermögen ungleich verteilt.

In den meisten europäischen Ländern werden in Zukunft zwei Faktoren zusammenwirken: Der Rückgang der Bevölkerung und, durch den Anstieg der Lebenserwartung, ihre Alterung. Ökonomisch bedeutungsvoll ist vor allem der zweite Faktor. Der Bevölkerungsrückgang ist nur dann bedrohlich, wenn er so abrupt geschieht wie derzeit in Ostdeutschland. Dort wirkt vieles zusammen: Abwanderung wegen schlechter Wirtschaftsdaten, ein Strukturwandel binnen sehr kurzer Zeit, fehlgeleitete Subventionen. Bei langen Übergangszeiten ist

Schrumpfung eher zu bewältigen. Viele europäische Länder sind dünner besiedelt und kommen damit gut zurecht.

Schrumpfen kann man lernen zum Beispiel durch Reisen nach Skandinavien. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck besuchte im Mai 2004 das dünn besiedelte Finnland, wo schon heute Jugendliche aus entlegenen Dörfern per Videountericht mit ihren Lehrern kommunizieren und Krankenhausärzte auf dem Land sich bei schwierigen Eingriffen per Video von Experten in Helsinki helfen lassen.

Die öffentlichen Verwaltungen Skandinaviens haben frühzeitig Informationen und Formulare über das Internet verfügbar gemacht. Drei Millionen Finnen nutzen das Internet regelmäßig, mehr als zwei Drittel aller Einwohner. Im europäischen Maßstab ist das viel, in Deutschland liegt der Anteil bei etwa fünfzig Prozent. Den Finnen hat die Geografie beim Sprung in die Wissensgesellschaft geholfen. Vielleicht hat der demografische Wandel in Brandenburg oder Sachsen einen ähnlichen Effekt. Wenn die letzte Bankfiliale in der benachbarten Kleinstadt schließt, lernen möglicherweise mehr Menschen, ihre Finanzgeschäfte im Internet zu erledigen.

Die Brandenburger suchen aber auch nach eigenen Modellen. Es gibt zum Beispiel einen Rufbus, der wie ein Taxi einzelne Fahrgäste an den Ort ihrer Wahl bringt, aber keine Taxipreise dafür nimmt. Für die öffentliche Hand ist das angesichts sinkender Kundenzahlen billiger als der reguläre Busbetrieb. Und wie in alten Zeiten zieht ein Filmvorführer über die Dörfer und macht vorübergehend aus Dorfgaststätten Kinos.

Doch was ist mit der sinkenden Nachfrage? Wenn in Deutschland weniger Menschen leben, lassen sich bei konstanten Einkommen weniger Zeitungen, Jogurtbecher oder Strumpfhosen verkaufen. Industrieanlagen bleiben ungenutzt. Es trifft vor allem jene Bereiche der Wirtschaft, die von den Härten des globalen Wettbewerbs bisher weitgehend verschont blieben.

Taxifahrer, Friseure oder auch Journalisten genossen einen riesigen Vorteil gegenüber Beschäftigten in Exportbranchen: Anders als ein Facharbeiter bei VW, mussten sie keine Konkurrenz von billigeren Arbeitskräften in Indien oder China fürchten. In einer schrumpfenden Gesellschaft könnte die Ausrichtung auf den Binnenmarkt ein Nachteil sein: Während die Exportfirmen den Konsumentenschwund auf wachsenden Auslandsmärkten ausgleichen können, müssen alle anderen auf die Kaufkraft der ergrauenden Kundschaft zu Hause hoffen.

Viele Unternehmen stellen sich bereits um: Anbieter von Babywindeln denken an Rentner mit Blasenschwäche und nennen ihre Produkte nun Inkontinenzhilfen. Hersteller von Babybrei setzen auf Mahlzeiten für Menschen mit dritten Zähnen. Marketing-Abteilungen schauen auf die »Generation Golfplatz« statt auf die »Generation Golf«.

Entscheidend für die ökonomischen Folgen des demografischen Wandels sind einerseits die Kosten der Alterung, andererseits die Wachstumskräfte. Wer beides gegeneinander aufrechnen will, macht eine eigentümliche Erfahrung: Viele Ökonomen, Soziologen, Psychologen und Statistiker haben versucht, die Kosten zu erfassen. Über die Chancen redet kaum einer.

Meinhard Miegel ist eine Ausnahme. Man kennt den Ökonomen und Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn eigentlich nicht als Optimisten, aber in diesen Tagen spricht er gern von positiven Wirkungen des demografischen Wandels: Ruhiger und vor allem friedfertiger werde das gealterte Land sein. Anders als die meisten Wirtschaftswissenschaftler ist er sicher, dass Deutschland in den kommenden Jahren nicht mit Wachstum zu rechnen habe. Die Entwicklung hält er gleichwohl für positiv. Europa habe eine lange Phase der Konsolidierung vor sich, die man nicht als Absturz empfinden müsse. Es sei an der Zeit, Erfolge nicht nur an wirtschaftlichen Kriterien zu messen.

Ein Ökonom kritisiert den Ökonomismus.

Miegel, der seit mehr als zwanzig Jahren über den demografischen Wandel schreibt, erforscht derzeit die globalen Folgen von Schrumpfungprozessen. Damit ist er eine Ausnahme: Der Zusammenhang von Demografie, Außenpolitik und globaler Wirtschaft interessiert hierzulande bisher nur wenige ganz anders als in den USA. Deutsche Politiker denken zuerst an Renten, an Frühpensionäre, an Zuwanderung und neuerdings an Familienpolitik, wenn über den demografischen Wandel gesprochen wird. Amerikaner diskutieren über die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems, über Alzheimer, über Einwanderer und über geostrategische Fragen.

Das liegt an der Größe des Landes und seiner Rolle als Weltmacht, aber auch daran, dass die Altersversorgung der Amerikaner eine globale Angelegenheit ist. Die großen Pensionsfonds investieren überall auf der Welt. So kommt es, dass sich US-Sozialexperten für internationale Beziehungen interessieren, während sich amerikanische Diplomaten mit der Alterung in Russland oder den Sozialsystemen in Asien beschäftigen. Ministerien und Think Tanks veröffentlichen viel zum künftigen Bevölkerungsschwund in weiten Teilen der Welt. Und immer geht es darum, ob ein schrumpfendes Europa auf Dauer ein verlässlicher Partner ist.

»Sinkende Geburtenraten in Verbindung mit einer steigenden Nachfrage nach jungen Arbeitskräften bedeuten zwangsläufig kleinere Armeen«, schreibt beispielsweise Peter G. Peterson, der langjährige Vorsitzende des Council on Foreign Relations, das einen Großteil der außenpolitischen Elite des Landes vereint. Zwar könne die Wirtschaft eines Landes trotz rückläufiger Bevölkerung weiter wachsen, wenn die Produktivität der Bevölkerung sehr hoch sei. »Aber alle Fixkosten werden zu einer Herausforderung weil diese gleichbleibenden Kosten auf weniger Köpfe verteilt werden müssen. Und die nationale Verteidigung ist das klassische Beispiel dafür«, so Peterson.

Noch wird in Deutschland eher darüber debattiert, ob hohe Pensions- und Rentenzahlungen in den schwierigen Jahren von 2015 an zulasten von Bildung und Forschung gehen. Aber natürlich können höhere Ausgaben für das Alter auch die Verteidigungsetats kleiner werden lassen. Die Amerikaner haben ihre Sorge auf den Begriff *guns or wheelchairs* gebracht: Gewehre oder Rollstühle.

Doch für die Staatsfinanzen der Zukunft sind nicht allein die Sozialkosten entscheidend, sondern vor allem Wachstum, Produktivität und Innovationskraft der künftigen Gesellschaften. Dafür ist die demografische Entwicklung wichtig aber entscheidender als die Frage, *ob* die europäischen Industrieländer altern, ist die Frage, *wie* sie altern: mit oder ohne qualifizierte und motivierte ältere Arbeitnehmer, mit oder ohne sanierte Sozialsysteme, mit oder ohne eine Bildungspolitik, die alle vorhandenen Ressourcen nutzt, mit oder ohne Zuwanderung, mit einer verbesserten Familienpolitik oder ohne.

Schlimm genug, wenn amerikanische Think Tanks unterstellen, dass ein Niedergang der alten Welt unvermeidbar sei. Ob es tatsächlich so weit kommt, liegt an den Europäern selbst. Vielleicht können die amerikanischen Horrorszenarien ja zum nötigen Problembewusstsein beitragen und die nötigen Anstrengungen provozieren. Dann würde es demnächst zwar weniger Deutsche geben aber den meisten von ihnen ginge es besser als bisher.

Von Elisabeth Niejahr erscheint Ende Oktober im S. Fischer Verlag das Buch »Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten«

Grafik-Kommentare:Die Anteile von jungen und alten Menschen in Deutschland verändern sich massiv: Sah die grafische Darstellung 1980 wie eine Pyramide aus, gleicht ihr Aussehen im Jahr 2020 einem Pilz. Weil die Kinderzahl pro Mutter anhaltend gering ist, schrumpft der Anteil der jüngeren Bevölkerung dauerhaft der »Stil« des Pilzes wird dünner.

DIE ZEIT – Mehr Wohlstand für alle

Seine Beulen und Fransen erzählen eigene Geschichten: Noch 1980 gab es einen großen Überhang an älteren Frauen, wegen ihrer höheren Lebenserwartung und der vielen männlichen Opfer des Ersten Weltkriegs *(1)*. Weniger Geburten gab es als Folge des Ersten Weltkriegs *(2)*, in der Weltwirtschaftskrise *(4)* und im Zweiten Weltkrieg *(6)*. Die Delle bei *(9)* markiert den so genannten Pillenknick. Geburtenstarke Jahrgänge sind in der Zwischenkriegszeit *(3)*, während der NS-Zeit *(5)* und in den Wirtschaftswunderjahren *(7)* zu beobachten. Bei *(5)* kommen zu den Kindern der NS-Zeit noch die ersten Gastarbeiter der sechziger Jahre hinzu. Die Beule *(8)* zeigt die geburtenstarken Jahrgänge der Kinder dieser zwei Gruppen.

Neuere Tendenzen sind die noch weiter gestiegene Lebenserwartung *(10)*, eine sinkende Kinderzahl durch den ostdeutschen Geburtenrückgang nach der deutschen Einheit *(13)* und der Bevölkerungsverlust durch das Fehlen potenzieller Eltern *(14)*.

Die Folgen der Weltkriege sind lange sichtbar: Der Geburteneinbruch des Ersten Weltkriegs noch bis 2000 *(11)*, der des Zweiten bis 2020 *(12)*.